

# Protokoll der AfA-Bezirkskonferenz am 6. Februar 2010 im Courtyard-Mariott-Hotel in Hannover

**Beginn der Konferenz: 10.15 Uhr**

**Ende der Konferenz: 14.30 Uhr**

## **1. Eröffnung**

Der Vorsitzende Markus Brinkmann begrüßt die Delegierten sowie einige Gäste: Dr. Gerd Andres, Günter Lenz, Hartmut Tölle, Bernd Lange, Ronald Schminke, Stefan Schostok, Michael Deister, Dr. Dirawe und eröffnet die Konferenz.

Es folgen Grußworte von:     Hartmut Tölle, DGB  
                                      Bernd Lange, MdEP  
                                      Michael Deister

## **2. Beschlussfassung**

Bei der Tagesordnung gibt es einen Änderungsvorschlag: Die Punkte 5 und 6 sollen dem Punkt 4 vorgezogen werden. Dies wird einstimmig genehmigt. Die Geschäftsordnung wird ebenfalls einstimmig genehmigt. Es wird darauf hingewiesen, dass der Meldeschluss für Initiativanträge auf 11.00 Uhr festgesetzt ist.

## **3. Konstituierung der Konferenz**

a) Wahl der Versammlungsleitung – vorgeschlagen sind:

- Ines Buddensiek
- Westphal, Bernd
- Willers, Gabriele

Die Konferenz wählt einstimmig

b) Protokollführung – vorgeschlagen ist:  
Ines Buddensiek

Die Konferenz wählt Ines Buddensiek einstimmig.

c) Mandatsprüfungskommission - Vorgeschlagen sind:

- Hoffmann, Matthias, UB Lüneburg
- Schiefer, Michael, UB Schaumburg
- Schwier, Jens, UB
- Stein, Roland

Die Konferenz wählt einstimmig per Akklamation

d) Wahlkommission – vorgeschlagen sind:

- Eickhoff, Karsten
- Husmann, Werner
- Niebuhr, Stefan
- Stefener, Joachim

- Thiele, Wolfram
- Willers, Günter

Die Konferenz wählt einstimmig per Akklamation

## 5. Tätigkeitsbericht des Vorstandes

Eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Arbeit ist nicht zuletzt auch die notwendige Unterstützung durch die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Partei. Ich möchte mich deshalb auch an dieser Stelle im Allgemeinen bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SPD-Bezirks Hannover und im besonderen bei unserer Genossin Marga Süsselbeck für ihre Unterstützung bedanken. (Er überreicht Blumen und ein kleines Geschenk).

Die Aktivitäten und Entwicklungen innerhalb der AfA sind immer auch ein Spiegelbild der Entwicklungen der Gesamtpartei. So ist auch die Zahl der Aktiven bei uns eher rückläufig und es ist noch schwieriger geworden, neue aktive Mitstreiter für unsere Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen. Ich möchte mich deshalb gleich zu Beginn bei all denjenigen bedanken, die im Berichtszeitraum in der AfA mitgewirkt und unsere Arbeit unterstützt haben. Den Mitgliedern des Bezirksvorstandes, den Genossinnen und Genossen in unseren Unterbezirken sowie in den Stadt- und Gemeindeverbänden.

Die Ergebnisse der im Berichtszeitraum stattgefundenen Europawahl und insbesondere auch der Bundestagswahl vom 27.9.09 des vergangenen Jahres waren für unsere Partei – freundlich formuliert – ernüchternd. Ich bin in diesem Zusammenhang übrigens auch fest davon überzeugt, dass wir diese Wahlen nicht in erster Linie deshalb verloren haben, weil uns die Apotheker und Landwirte nicht mehr gewählt haben. Zwar lag die SPD bei der Bundestagswahl mit rund 35 % in der Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer immer noch klar vorn und hat in keiner anderen gesellschaftlich relevanten Gruppe eine höhere Zustimmung erzielt, aber zur Bitternis der Analyse gehört:

Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern waren die Verluste mit zum Teil deutlich über 15 % am deutlichsten. Dieser massive Vertrauensverlust in weiten Teilen der organisierten Arbeitnehmerschaft hat handfeste Gründe. Die Kontakte zwischen SPD und Gewerkschaften sind brüchiger geworden. Die Reformen in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik haben gerade die Arbeitnehmerschaft verunsichert und zum Teil auch verärgert. Vor diesem Hintergrund rate ich unserer Partei jetzt dringend, nicht in erster Linie zu einer neuen Mittelstandsoffensive oder zu einer Neuorientierung in der Tourismuspolitik, sondern dazu alles zu tun, um das Vertrauen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft zurück zu gewinnen. Hierzu bedarf es nach unserer Auffassung dringend einer Neuorientierung der Gesamtpartei in der Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Erforderlich ist aber auch den Kontakt zu den Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten zu intensivieren.

Andere Parteien – nicht mehr die Linkspartei – haben die Wichtigkeit dieser Zielgruppe längst für sich entdeckt. Stichwort Rüttgers und Andere. Mit Blick auf die am kommenden Wochenende stattfindende Konferenz des DGB sollten wir nicht auf Thüringer Verhältnisse warten.

Die bevorstehenden Betriebsratswahlen sollten meines Erachtens in diesem Sinne auch als Chance für die SPD begriffen werden. Dass nicht zuletzt auf unseren Vorschlag hin in der niedersächsischen SPD ein Gewerkschaftsrat gebildet wurde, ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber bei weitem nicht aus.

Der AfA-Bezirksvorstand hat deshalb auch im Berichtszeitraum regelmäßig Betriebsbesuche durchgeführt und auch erstmals ein Betriebsräteforum durch geführt. Diese und andere Aktivitäten sollen auch beispielgebend für die Gesamtpartei sein. Im Übrigen das sage ich mal etwas leiser – ist auch beim gewerkschaftlichen Organisationsgrad in der Landtags- und Bundestagsfraktion noch Luft nach oben. Das gilt im Übrigen auch für das Thema Beitragsehrlichkeit.

Die AfA im Bezirk Hannover, liebe Genossinnen und Genossen, hat sich in der Vergangenheit, anders als unser Bundesvorsitzender ihren Schwerpunkt darin gesehen, die eigene Partei zu kritisieren.

Vielmehr steht im Vordergrund unserer Aktivitäten die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Und dafür gibt es auch und gerade aus Sicht von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gute Gründe.

Die rund 100 Chaostage der neuen Bundesregierung sind ein deutlicher Beleg dafür, dass die Koalitionäre alle möglichen Zielgruppen im Blick haben und Segnung verteilen – nur die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht. Unser Parteivorsitzender spricht in diesem Zusammenhang gern von der „Mövenpick-Koalition“. Ich glaube ja eher, wir haben es dort mit einer „Toyota-Koalition“ zu tun.

- Den Wertespruch kennt jeder. „Nichts ist unmöglich“
- Ähnlich wie bei den Toyota-Modellen klemmt bei einigen das Gaspedal und bei dem einen oder anderen Minister ist auch die Bremsleuchte defekt.

Deshalb ist in vielen Politikfeldern z.B. in der Gesundheitspolitik, bei der Neuorganisation der Jobcenter aber auch in der Steuerpolitik eine „Rückrufaktion“ überfällig. Das gilt natürlich nicht für Herrn Rösler, nicht dass ich so verstanden werde, dass ich mir den wieder in Niedersachsen wünsche. Als Katholik halte ich es da eher dem schönen Satz aus dem Lukas-Evangelium, der da lautet:

Wenn du Arzt bist, heile Dich selber

Dass diese Koalition diese „Selbstheilungskräfte“ entwickelt darf zu recht bezweifelt werden. Deshalb müssen wir für andere politische Mehrheiten in diesem Land sorgen. Die nächste Gelegenheit dafür sind die Kommunalwahlen 2011. Sie bieten auch eine gute Gelegenheit dafür deutlich zu machen, wer die Verantwortung für die derzeitige finanzielle Situation unserer öffentlichen Haushalte trägt.

Mit Blick auf die derzeit laufende Tarifrunde im öffentlichen Dienst sage ich deshalb: Nicht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Situation in den kommunalen Haushalten herbeigeführt sondern Merkel, Wulf und Westerwelle. Das müssen wir immer wieder deutlich machen und deshalb stehen wir auch in dieser Auseinandersetzung an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.

Abschließend und zusammenfassend:

- Das Leitmotiv unserer Arbeitsgemeinschaft bleibt einfach, knapp und klar: Wir setzen uns ein für gute Arbeit, für mehr Beschäftigung und für soziale Gerechtigkeit!
- Soziale Gerechtigkeit in der Arbeitswelt ist und bleibt ein höchst aktuelles politisches Ziel, für das sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit mehr als 145 Jahren einsetzen und auch weiter einsetzen werden.
- Die AfA ist nicht der Betriebskindergarten der SPD sondern die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist ein lebenswichtiges Organ der SPD. Sie ist zugleich Auge, Ohr und Herzkammer der Partei. So hat es vor über 30 Jahren Herbert Wehner einmal ausgedrückt.

## **6. Aussprache**

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Zwischendurch gibt Matthias Hoffmann als Sprecher der Mandatsprüfungskommission das Ergebnis bekannt: Von 92 möglichen Delegierten sind 57 anwesend, hiervon sind 10 Delegierte Frauen. Der UB Lüneburg als einziger vollständig dabei.

## **4. „Herausforderungen für die SPD Niedersachsen“ – Stefan Schostok**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen,

**Wir selbst sind im Augenblick unsere größte Herausforderung**, ... in den letzten Tagen war die SPD in Niedersachsen wieder gut für Schlagzeilen. Der Anlass war der angekündigte **Rückzug des Landesvorsitzenden Garrelt Duins** aus der Landespolitik. Wir haben die Botschaft des angekündigten Rückzugs Garrelt Duins aus der Landespolitik verstanden. Die Selbstbeschäftigung muss ein Ende haben.

**Die wirkliche Herausforderung muss der politische Gegner, die schwarz-gelbe Landesregierung sein.** Als Landes-SPD und größte Oppositionspartei müssen wir andere politische Inhalte thematisieren: Das "Wachstumsbehinderungsgesetz" der schwarz-gelben Koalition stellt eine deutliche Verschlechterung der kommunalen und landespolitischen Handlungsmöglichkeiten dar. Manche nennen es deshalb auch „Kommunenzerstörungsgesetz“! Die Landesregierung Wulff hat bei ihrer Klausur in der letzten Woche dokumentiert – **sie haben fertig** - die Landesregierung hat keine Antworten für die aktuellen Probleme, und sie setzen den Kurs der **Zukunftsverhinderung für unser Land** fort - Dieser Kurs muss gestoppt und umgelenkt werden. Wichtige Zukunftsinvestitionen - **wie die für unser Land und die Menschen so wichtige Bildung** - fallen aus.

Niedersachsen braucht Zukunft, und Niedersachsen braucht eine starke SPD. Und darum sollten wir uns jetzt schleunigst kümmern!

**Es geht um Niedersachsen – ein paar Worte zur aktuellen wirtschaftspolitische Situation...** 2010 stehen wir in einem ganz wichtigen Jahr für die Wirtschaft. Der Politik stehen Aufräumarbeiten und länger andauernde Strukturklärungen bevor. Die konservativ-liberale Regierung stellt in ihrem Handeln dennoch die alte Frage von **Marktsteuerung** gegen eine **nachhaltige Industrie- und Strukturpolitik**. Allerdings gibt es mehr äußeren Handlungsdruck und deshalb nicht mehr die alte Selbstsicherheit. Das ist unsere Chance.

Die Landesregierung hat **keine ausgewiesene industriepolitische Strategie**, nur im Hintergrund finden einige akute Maßnahmen statt (z. B. i.B. der Werften). Die Automobilwirtschaft bekommt Dellen, der Wegfall der Abwrackprämie und das Auslaufen der Kurzarbeit werfen jetzt schon große Probleme auf. Die Landesregierung reagiert nicht auf solche Herausforderungen.

Dass sie es nicht können, werde ich mit einigen Beispielen zeigen:

- **Einzelbetriebliche Förderung:** Handwerkliche Fehler, fataler Umgang der Landesregierung und des FDP-geführten Wirtschaftsministeriums mit dem Mittelstand/KMU, hier werden Erwartungen geweckt, die Betriebe werden noch kurz vor der Bundestagswahl zu Antragstellungen aufgefordert und dann nach Ministerwechsel im Stich gelassen. Die Töpfe sind überzeichnet und dann wurden die Kriterien für die Mittelzuwendung nachträglich verschärft. Das ist ein skandalöser Umgang mit den Unternehmen und ihren Beschäftigten.
- **Thema der EU-Strukturförderung:** Im Herbst steht eine Evaluation an, ob die Mittel wirkungsvoll für die gesteckten Ziele von Wachstum und Beschäftigung verwendet wurden. Unser Maßstab ist, ob ein Beitrag für Wachstum und Beschäftigung erreicht wurde und ob sie wirkungsvoll für eine nachhaltige Strukturpolitik im Rahmen regionaler Entwicklungspotentiale genutzt wurden. Das **Problem ist jetzt schon erkennbar:** Größtenteils fehlt die bewusste Vernetzung mit einer aktiven Landeswirtschaftspolitik. Unsere wichtigsten Kriterien sind Qualifikationssteigerungen durch Weiterbildungskonzepte, Verstärkung der Wissensbasis in den Regionen, Innovationen – überhaupt Fortschritte für den Bereich der Arbeit. Hier haben wir beste Möglichkeiten mit den Europaabgeordneten und den Gewerkschaften unsere Vorstellungen von Politik für Beschäftigung deutlich zu machen.

- **Ein Katastrophe bahnt sich in der Bildungspolitik.** Eine der größten Herausforderungen für die niedersächsische Wirtschaftspolitik ist das **Qualifikationsniveau und die Nachfrage nach Fachkräften**: Eine erstaunliche Entwicklung ist, dass die BBS mittlerweile mehr Studenten im Bereich der Ingenieure als die Gymnasien produzieren (vor allem in verdichteten Regionen). Das starre Festhalten am gegliederten Schulsystem, viele Kürzungen in der Hochschul- und Bildungspolitik, die Landesregierung verschläft die Zukunft des Landes und verspielt die Zukunft der Menschen.

Ein letzter Punkt: Der Nds. Wirtschaftsminister ist auch Arbeitsminister. Von ihm ist nichts zu hören. Im Landtag wurden häufig genug, u.a. von unserem Landtagsabgeordneten Ronald Schminke, heftige Reden gegen Niedriglöhne, für den Mindestlohn, für gerechte Bezahlung, gegen den Missbrauch der Leiharbeit gehalten. Die Reaktion der CDU und der FDP war Unverständnis, sie fragten sich, was dies überhaupt mit Landespolitik zu tun habe.

**Wir sind die Partei der Chancen und der Gestaltung.** Wir sollten trotz Krise die **Chancen** begreifen, nicht nur „mehr Keynes“ fordern, sondern „Keynes“ mit Strukturpolitik verknüpfen – wir müssen dafür kämpfen, dass **öffentliche Nachfrage in Zukunftsfelder** gelenkt wird.

Es müssen nicht nur Trümmer der Krise aufgeräumt, sondern auch **neue Felder** bearbeitet werden. Viele Bereiche sind durch die **staatliche Rückenstärkung** bisher gut durchgekommen, das ist ein gutes Argument in unsere Richtung. Es gibt keine Patentrezepte, wir müssen als Sozialdemokratie die Felder beackern und so mittel- und langfristig **Problemlösungskompetenz** beweisen.

Es gibt dazu auch neue Bereiche, die für eine regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik paradigmatisch sein werden. In Niedersachsen sind wir traditionell stark als Land der **Automobilindustrie**. Diesen Vorteil müssen wir nutzen, z.B. die **Elektromobilität** als Thema mit der Automobilindustrie voranbringen. Aber auch die **Meerestechnik** in der **Maritimen Wirtschaft** ist ein solches Thema. Es ist auch zu überlegen, die **Landwirtschaft mit der Ernährungswirtschaft** noch stärker zusammen zu denken. Hier ist die große Herausforderung, die Wissensbasis (Bildung, Wissenschaft, Qualifikation,...) regional d.h. vor allem auch im ländlichen Raum zu verbreitern.

Anknüpfend an unsere Diskussion des **Deutschland- und des Niedersachsenplans** müssen wir einen neuen Ansatz ökologischer Industriepolitik mit den Instrumentarien einer aktiven regionalen Strukturpolitik verknüpfen!!!

**Wir brauchen das Comeback einer modernen arbeitnehmerorientierten Politik. Wir müssen ein Netzwerk für Arbeit und Wirtschaft aufbauen. Was gut ist für ArbeitnehmerInnen, ist auch gut für alle Menschen in Niedersachsen.**

Im Rahmen dieser verfehlten Politik der Landes- und Bundesregierung müssen wir uns dazu verhalten, Konflikte und Widersprüche aufdecken, Partner suchen und Netzwerke knüpfen. Wir bauen ein solches **Netzwerk** auf, vor Ort kennen wir genug ökonomisch ausgewiesene **Experten in Partei, Wissenschaft, Betrieben und Gewerkschaften**. Verlässliche Partner und Experten in eigener Sache sind für uns hier vor allem die **Gewerkschaften und die Betriebsräte** und - nicht zu vergessen - unsere Europaabgeordneten.

**Zum Schluss möchte ich noch auf einige Ideen für die SPD und die AfA hinweisen:** Wir sollten dringend eine Betriebsrätekonferenz auf Landesebene einladen und gemeinsam über die Branchen, Regionen und ihre aktuellen Herausforderungen sprechen. Anschließend die wichtigsten Themen in gemeinsamen Zukunftswerkstätten in den Regionen mit allen Interessierten besprechen. Konferenzen, später ein ambitioniertes wirtschaftspolitisches

Konzept entwickeln und in einer Kampagne veröffentlichen. **Die Öffnung der SPD gegenüber den ArbeitnehmerInnen** heißt Angebote für Mitbestimmung und Partizipation an wirtschaftlichen Prozessen in den Regionen und für Niedersachsen.

Wir brauchen jetzt aber zunächst innerparteilich eine **Kulturveränderung**: Wir schaffen **intensive Beteiligungsmöglichkeiten** für die, die sich positiv zur SPD bekennen. Dadurch wollen wir auch einen **Politik- und Mentalitätswechsel in Niedersachsen** ermöglichen. Es geht um **2011** - die Kommunalwahlen. Wir werden über die Städte und Gemeinden die Handlungsfähigkeit der SPD wieder herstellen. Und es geht um **2013**, die Landtagswahl. Unsere Selbstbeschäftigung muss deshalb schnell ein Ende haben  
Wir werden die Themen **Arbeit, Bildung, Mitbestimmung, Wirtschaft, Umwelt** deutlich in den Vordergrund unserer Arbeit stellen.

**Ich sage der AfA**, das sind eure Themen, das ist eure Chance, in der SPD groß herauszukommen. Wir brauchen eure Kompetenz, eure Erfahrungen, eure Nähe zu den Menschen. Und dann sagen wir ihnen gemeinsam: Machen Sie mit bei der Erneuerung der SPD und beteiligen Sie sich, wir freuen uns auf Sie.

Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit!

## 7. Wahlen

- a) Bezirksvorsitzender – vorgeschlagen ist Markus Brinkmann

Markus Brinkmann wird in geheimer Wahl mit 51 gewählt. Er nimmt die Wahl an.

- b) 2 Stellv. Vorsitzende – vorgeschlagen sind: Ines Buddensiek und Michael Biank

Ines Buddensiek wird mit 53 Stimmen gewählt  
Michael Biank wird mit 53 Stimmen gewählt

Beide nehmen die Wahl an.

- c) Festlegung der Anzahl der Beisitzer/innen

Die Konferenz verständigt sich darauf, 12 Beisitzer zu wählen, dies angenommen.  
Für die Wahl werden vorgeschlagen:

Hans-Uwe Behrens	gewählt mit 50 ja-Stimmen
Erb, Hartwig	gewählt mit 50 ja-Stimmen
Kaschube, Dietmar	gewählt mit 50 ja-Stimmen
Konior, Thomas-Peter	gewählt mit 50 ja-Stimmen
Neblung, Ingo	gewählt mit 49 ja-Stimmen
Probst, Karl-Friedrich	gewählt mit 52 ja-Stimmen
Schiefer, Michael	gewählt mit 53 ja-Stimmen
Schwier, Jens	gewählt mit 52 ja-Stimmen
Ucken, Irmtraud	gewählt mit 51 ja-Stimmen
Willers, Gabriele	gewählt mit 52 ja-Stimmen
Wolters, Christian	gewählt mit 51 ja-Stimmen
Wolf, Dieter	gewählt mit 53 ja-Stimmen

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

d) Wahl von 15 Delegierten und Ersatzdelegierten zur AfA-Bundeskonferenz 16.-18. April 2010 in Potsdam. Es werden vorgeschlagen:

- |                            |                                       |
|----------------------------|---------------------------------------|
| 1. Bisanz, Burkhard        | als Delegierter gewählt               |
| 2. Brinkmann, Markus       | als Delegierter gewählt               |
| 3. Eichhorst, Ulrich       | als <b>Ersatz-Delegierter</b> gewählt |
| 4. Erb, Hartwig            | als Delegierte gewählt                |
| 5. Fröchenicht, Katrin     | als Delegierte gewählt                |
| 6. Husmann, Werner         | als Delegierter gewählt               |
| 7. Kaschube, Dietmar       | als Delegierte gewählt                |
| 8. Konior, Thomas-Peter    | als Delegierter gewählt               |
| 9. Neblung, Ingo           | als Delegierte gewählt                |
| 10. Pristin, Hans-Dieter   | als <b>Ersatz-Delegierter</b> gewählt |
| 11. Probst, Karl-Friedrich | als Delegierter gewählt               |
| 12. Renziehausen, Gerhard  | als <b>Ersatzdelegierter</b> gewählt  |
| 13. Schminke, Ronald       | als Delegierter gewählt               |
| 14. Schwier, Jens          | als Delegierte gewählt                |
| 15. Ucken, Irmtraud        | als Delegierte gewählt                |
| 16. Willers, Gabriele      | als Delegierte gewählt                |
| 17. Willers, Günter        | als <b>Ersatzdelegierter</b> gewählt  |
| 18. Willers, Jan-Hendryk   | als <b>Ersatz-Delegierter</b> gewählt |
| 19. Wolf, Dieter           | als Delegierter gewählt               |
| 20. Wolters, Christian     | als Delegierter gewählt               |

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

## 8. Vorschlag zur Wahl in den AfA-Bundesvorstand

Die Richtlinien für die AfA im Bezirk haben sich geändert. Der Landesvorstand Niedersachsen hat im Bundesvorstand nur noch 2 Mandate, vorher waren 3 Mandate möglich, und jeder Bezirk war mit 1 Mandat im Bundesvorstand vertreten. Das ist jetzt nicht mehr möglich. Gleichzeitig war mit den anderen Bezirken zu klären, wer das Mandat im Landesvorstand wahrnimmt. Die Bezirke haben sich verständigt, dass der Bezirk Hannover das Mandat im Landesvorstand übernimmt und die Mandate im AfA-Bundesvorstand jeweils an Weser-Ems und Braunschweig, jeweils für die Dauer von 2 Jahren. Die Versammlung wird gebeten, diesem Verfahren zuzustimmen.

Wird so von der Versammlung angenommen.

Ottmar Schreiner hatte seinerzeit mitgeteilt, nicht mehr für eine Kandidatur zum Bundesvorsitzenden zur Verfügung zu stehen. Neuer Vorschlag war Klaus Bartel. Dieser ist auch dazu bereit. Nun gibt es eine neue Situation: Genosse Guntram Schneider ist ebenfalls am Vorsitz interessiert. Die Vorschläge sind diskutiert worden. Ergebnis: Ottmar Schreiner wird erneut als Bundesvorsitzender kandidieren.

(Lautes Gelächter der Versammlung)

Die anderen Kandidaten kandidieren dann als Stellvertreter.

Klaus Bartel wird sich am 24.3. im Bezirk Hannover in der Odeonstr. vorstellen.

## 9. Beratung und Beschlussfassung von Anträgen

Hans-Uwe Behrens stellt die Anträge vor. Da alle erst nach Antragsschluss beim Bezirk eingegangen sind, kommen die Anträge lediglich als Initiativ-Anträge in Frage. Die Anerkennung als Initiativ-Anträge ist jedoch schwierig, da der Bezug zu aktuellen Themen fehlt. Daher schlägt Hans-Uwe der Versammlung vor, alle Anträge als Material an den Bezirksvorstand weiterzuleiten. Daraufhin gibt es einige Wortmeldungen mit dem Wunsch, die Anträge trotzdem einzeln zu beraten. Diesem Wunsch wird nachgegeben:

- A 1 Empfehlung: Annahme als Material für die Arbeit im Bezirksvorstand, wird einstimmig angenommen  
A 2 Empfehlung: Annahme als Material für die Arbeit im Bezirksvorstand, wird einstimmig angenommen  
A 3 Empfehlung: Annahme als Material für die Arbeit im Bezirksvorstand, wird einstimmig angenommen  
A 4 Empfehlung: Annahme als Material für die Arbeit im Bezirksvorstand, wird einstimmig angenommen  
mit vorgeschlagener Änderung  
A 5 Empfehlung: Annahme als Material für die Arbeit im Bezirksvorstand, wird einstimmig angenommen

Es gibt einen Initiativ-Antrag, Antragsteller: AFA-Bezirksvorsstand, Thema: Aufforderung an die Kommunen, bei der Vergabe von Briefdienstleistungen nur die Anbieter zu beauftragen, die mind. den geltenden Mindestlohn in der Branche Briefdienstleistung erfüllen.

Die nötigen Unterstützerunterschriften sind vorhanden.

Empfehlung: Annahme und Weiterleitung an den Parteivorstand

## **12. Schlusswort**

Es ist gute Sitte, AfA-Mitglieder, die nicht wieder kandidieren, zu verabschieden. Diesmal ist es nur einer, was ja in unseren Vorstand für Kontinuität steht. Stephan Lorek-Welsch, der vor allem die Internetseite des AfA-Bezirks mitgestaltet hat, danken wir für seine Arbeit im AfA-Bezirk ganz herzlich und überreichen ihm als kleinen Dank einen Geschenkgutschein für den Zoo in Hannover, damit er auch mal mit seiner Familie andere Gesichter betrachten kann.

Markus Brinkmann bedankt sich für den guten Verlauf der Konferenz und mahnt an, dass wir aufhören müssen, uns nur mit uns selbst zu beschäftigen.

Der SPD-Landesvorstand wird Fachforen veranstalten, an denen sich jeder beteiligen kann. Für die AfA interessant ist das Forum „Arbeit, Mitbestimmung und Innovation.“

Markus bedankt sich ausdrücklich bei den Mitgliedern der Konferenzleitung und bei den Zähl- und Wahlkommissionen. Sein Dank geht auch an Marga und „ihre“ Mädels im Hintergrund.

Termin für die erste Sitzung des neuen AfA-Bezirksvorstandes: 1.3.10 u 17h in der Odeonstr. In Hannover.